

Bern

Staatliche Wohnbauförderung kehrt zurück

Zuletzt lachte die Ratslinke: Mit 75 gegen 74 Stimmen beschloss der Grosse Rat gestern die Wiedereinführung einer (bescheidenen) staatlichen Wohnbauförderung. In der ersten Lesung im Juni hatte das Kantonsparlament das Ansinnen noch abgelehnt.

Stefan Wyler

Als der Berner Grosse Rat im Juni ein erstes Mal über das neue Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) beriet, da schuf er ein kurioses Ergebnis. Er verabschiedete eine «leere Gesetzeshülle», wie der Präsident der vorberatenden Kommission Peter Bernasconi (sp, Worb) beklagte: Die bürgerliche Parlamentsmehrheit strich damals sämtliche Artikel des Gesetzes bis auf einen – jenen, der das Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (WerG) aufhebt, das für die Umnutzung von Wohnungen eine spezielle Bewilligung verlangt und dem sich heute nur noch die Stadt Bern unterstellt hat (siehe Kasten). In der gestrigen zweiten Lesung nun wurde die Aufhebung des WerG in ein zweites Gesetz ausgelagert. Und das Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) wurde diesmal – mit Inhalt – von einer knappen Mitte-links-Mehrheit beschlossen.

Der Staat steigt wieder ein

2003, mit den Massnahmen des Sparpakets SAR, hatte der Grosse Rat die kantonale Wohnbauförderung beendet, jetzt führt er sie mit dem PMG wieder ein. Das Gesetz ist ein indirekter Gegenvorschlag zur mittlerweile zurückgezogenen Initiative «Günstig Wohnen» des Mieterverbands. Gefördert werden soll preisgünstiger Wohnungsbau «für die Schwächsten der Gesellschaft», wie Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp) formulierte. Die staatliche Finanzhilfe fliesst aber nicht in einzelne Projekte, es geht um eine reine «Anschubfinanzierung»: Der Kanton subventioniert gemeinnützige Wohnbauträger und ihre Fachorganisationen. Vorgesehen sind Beiträge an Konzeptarbeiten, Standortevaluations, Beratungen und Machbarkeitsstudien. Die Regierung rechnet mit Ausgaben von rund zwei Millionen Franken im Jahr. Das Gesetz ist auf vier Jahre befristet.

Bürgerliche gegen Mitte-links

Die Bürgerlichen lehnten auch gestern das Vorhaben ab. Das Gesetz löse kein einziges Problem im Wohnungswesen, sagte Sandra Wyss (fdp, Bern). Nötig seien vielmehr eine Lockerung der Bauvorschriften, eine bessere Raumplanung. Mit dem Gesetz würden jährlich mehrere 100 000 Franken ausgegeben, ohne dass klar sei, dass irgendeine Wohnung gebaut werde. So sahen es auch



Die Sieger der zweiten Lesung: Kommissionspräsident Peter Bernasconi (sp, vorne), Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (sp). Foto: Adrian Moser

BDP und SVP. «Wir wollen kein zusätzliches Subventionsgesetz», sagte Samuel Leuenberger (bdp, Trubschachen). Das Gesetz bevorzuge einzelne Players auf dem Wohnungsmarkt, kritisierte Peter Brand (svp, Münchenbuchsee).

Das Gesetz sei nötig, entgegneten SP, Grüne und EVP. Es gehe mit den finanziellen Mitteln haushälterisch um und greife nur dort, wo Handlungsbedarf bestehe, betonte Margreth Schär (sp, Lyss). Insbesondere in den Regionen Bern, Thun und Interlaken herrsche Mangel an günstigem Wohnraum.

Der knappe Entscheid

In der Schlussabstimmung dann passierte das Gesetz mit 75 gegen 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen. SP, PSA, Grüne und EVP stimmten geschlossen dafür, die Bürgerlichen nicht ganz geschlossen dagegen. Daniel Pauli und Ueli Spring (bdp), Daniel Kast (cvp) und Markus Kronauer (edu) votierten für die neue staatliche Wohnbauförderung.

Grosser Rat hebt Wohnraumerhaltungsgesetz auf

Tschäppät spricht von «Anti-Stadt-Reflex»

Das Wohnraumerhaltungsgesetz, das die Umnutzung von Wohnungen in der Stadt Bern bremst, wird per Ende 2011 aufgehoben.

Das 1975 erlassene kantonale Gesetz zur Erhaltung von Wohnraum erlaubt es Gemeinden, in denen Wohnungsnot herrscht, die Umnutzung von Wohnungen einer speziellen Bewilligungspflicht zu unterstellen. Der Umbau von Wohnraum in Büros oder Gewerberäume soll so gebremst werden. Mittlerweile ist nur noch die Stadt Bern dem Gesetz unterstellt. Das Gesetz diene der Stadt, argumentierte diese im Vorfeld der Grossratsdebatte: 500 Wohnungen in

der Altstadt und 700 im übrigen Stadtgebiet wären ohne den Gesetzesschutz gefährdet, erklärte sie.

Der Grosse Rat aber entschied anders. 2008 bereits hatte er mit Stichtenscheid des damaligen Ratspräsidenten Christoph Stalder (fdp, Bern) mit einer Motion die Aufhebung des WerG verlangt. Die Bürgerlichen sprachen von einem überflüssigen, investitionshemmenden Gesetz, einer «Extrawurst» für die Stadt Bern. Im Juni 2009 nun beschloss der Grosse Rat die Aufhebung per Ende 2011, gestern hat er den Entscheid bestätigt. Mit 74 gegen 71 Stimmen lehnte er es ab, das Gesetz erst per 2013 aufzuheben und der Stadt so länger Zeit zu geben, eigene Schutzbestimmungen für Wohnraum zu erlassen. In der Schlussabstimmung stimmte der

Rat mit 86 gegen 55 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Aufhebung zu. SVP, FDP und EDU sowie eine Mehrheit der Grünen und der BDP votierten dafür, SP und EVP grossmehrheitlich dagegen.

Der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät kritisierte auf Anfrage den Grossratsentscheid heftig. Hier werde «einmal mehr ein Anti-Stadt-Reflex» sichtbar. «Der Entscheid schadet der Stadt, und niemandem im Kanton nützt.» Für den Parlamentsbeschluss gebe es «null sachliche Gründe», er sei «eine reine Schikane». Die Stadt, so Tschäppät, werde nun abklären, ob sie die bedrohten 1200 Wohnungen mit kommunalen Vorschriften vor der Umnutzung schützen könne. Ob das gelinge, sei offen. «Sonst sind die Wohnungen geopfert.» (sw)

«Erhöhung der Billettpreise ist wohl unumgänglich»

Der öffentliche Verkehr im Kanton Bern wird 2010 ausgebaut und kostet 450,5 Millionen. Die Infrastruktur stosse an Kapazitätsgrenzen, sagt die Verkehrsdirektorin.

Sarah Nowotny

64,5 Millionen Kilometer könnten Bernerinnen und Berner nächstes Jahr mit Bus und Bahn abfahren – alle Kurse zusammengezählt, kommt der öffentliche Verkehr im Kanton auf diese schwindelerregende lange Strecke. Das Angebot an Ausfahrten nimmt damit im Vergleich zum laufenden Jahr um 4 Prozent zu. Beim Orts- und Stadtverkehr sind es sogar über 6, beim Regionalverkehr 3,5 Prozent. Kosten werden diese Verdichtungen (Auswahl siehe Kasten) die öffentliche Hand 3,2 Prozent oder 14 Millionen Franken mehr. Der öffentliche Verkehr schlägt 2010 in absoluten Zahlen mit 450,5 Millionen Franken zu Buche, Kanton und Gemeinden beteiligen sich mit 263,5 Millionen Franken, den Rest übernimmt der Bund.

«Es ist unser Ziel, das Angebot des öffentlichen Verkehrs in den nächsten Jahren so auszubauen, dass dieser das Verkehrswachstum aufnehmen kann», sagte die bernische Verkehrsdirektorin Barbara Egger-Jenzer (sp) gestern in Bern vor den Medien, als sie den neuen Fahrplan vorstellte. «Alle Ziele in den Städten sollen direkt oder mit einmaligem Umsteigen und kurzen Wartezeiten

erreichbar sein.» Das Umsteigen auf Bus und Bahn müsse Spass machen – und tue es laut den Zuwachsraten auch, trotz Wirtschaftskrise. Mit den «flächendeckenden Verbesserungen» 2010 sei die Zitronen der heutigen Infrastruktur indes ausgequetscht. Zur Finanzierung der künftigen Infrastrukturbauten sei es

wohl unumgänglich, auch die Billettpreise zu erhöhen. «Vorher sollten aber Massnahmen wie höhere Preise für Autobahnvignetten geprüft werden.»

Sorgen bereiten der Regierungsrätin auch die Fernverbindungen: Eine direkte TGV-Verbindung von Bern nach Paris wurde bereits gestrichen, und

zwischen Bern und Mailand verkehren noch drei direkte Züge pro Tag und Richtung. «Ich setze mich mit Vehemenz für gute internationale Verbindungen ein», sagte die Verkehrsdirektorin. Den SBB habe sie abgerungen, dass die verbleibende TGV-Verbindung in nächster Zeit bestehen bleibe. Allerdings sagte Egger nicht, dass die Linie von Bern nach Paris durch den Jura nicht rentiert und die Fahrt mit Umsteigen in Basel schon heute kürzer ist.

Argwohn in Interlaken

Auch innerhalb der Schweizer Grenzen läuft noch nicht alles wie geschmiert. Der Tarifverbund Libero konnte zwar Richtung Seeland erweitert werden, aber Biel, Neuenburg, Thun und Freiburg sind nach wie vor nicht an Bord. Das macht Pendlern das Leben auf Schiene und Strasse nicht gerade leichter. Immerhin arbeiten Bern und Freiburg ab dem 14. Dezember zusammen – und zwar mit Monats- oder Jahresabonnements, die in beiden Verbänden gültig und oft günstiger sind.

In den Regionen wird die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs zum Teil besorgt beobachtet. So fährt der ICE um elf Uhr nicht mehr von Bern nach Interlaken, sondern wendet in Bern. «Wir hoffen, dass dies keinen schlechenden Abbau der Direktverbindungen nach Basel bedeutet», sagt Stefan Otz, Direktor von Interlaken Tourismus. Schlimm genug sei, dass Interlaken nach wie vor keine direkte Verbindung zum Zürcher Flughafen habe.

Impfstellen in Berner Spitälern werden aufgehoben

Die am 24. November eingerichteten Impfstellen in den Regionalen Spitalzentren des Kantons Bern werden nun nach und nach aufgehoben. Einzelne sind bereits geschlossen. Grund dafür ist die tiefe Nachfrage.

Die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) geht davon aus, dass die Nachfrage auch weiterhin tief bleibt. Deshalb habe sie mit den Spitalzentren die Schliessung vereinbart, teilte sie gestern mit. GEF-Direktor Philippe Perrenoud empfiehlt aber der Bevölkerung weiterhin, sich impfen zu lassen. Dafür stehen wie bisher die Hausärzte zur Verfügung.

Die GEF ging ursprünglich davon aus, dass sich rund ein Drittel der Berner Bevölkerung impfen lassen würde. Nun ist die Nachfrage deutlich unter diesem Niveau geblieben. In ihrer Mitteilung nennt die GEF keinen Prozentsatz. Sie erwähnt aber die Resultate einer Volksbefragung, gemäss der im November nur 12 Prozent der Menschen angaben, sich impfen lassen zu wollen. Die GEF schreibt auch, die Schweinegrippewelle im Kanton Bern weite sich weiter aus. Allerdings gebe es «zunehmend Hinweise darauf, dass der Gipfel der Pandemiewelle demnächst erreicht oder sogar überschritten ist». In der vergangenen Woche verzeichneten die Berner Behörden 201 neue bestätigte Fälle. 7 Personen mit Schweinegrippe mussten ins Spital. (sda)

Fahrplan 2010 Was sich im Kanton Bern unter anderem ändert

Ausbau bei den Stadtbussen:

- In der **Stadt Bern** fahren alle Busse der Linie 12 bis Zentrum Paul Klee. Die Busse der Linie 16 fahren von Montag bis Freitag bis 21 Uhr im 20-Minuten-Takt.
- In **Langenthal** verkehrt die Linie 13, in Burgdorf fahren die Linien 461 und 463 im 15-Minuten-Takt. Zudem werden zwei neue Buslinien eingeführt.
- Mit Péry-Bözingenfeld-Mett wird in der Agglomeration **Biel** die erste Tangentiallinie eröffnet. Ausserdem werden die Linien 7 und 8 künftig im 15-Minuten-Takt verkehren.
- Die Kurse **Thun-Sigriswil** werden durchgehend direkt.
- Halbstundentakt und mehr:**
- Zwischen **Spiez, Frutigen und Adelboden** wird der Halbstundentakt auf sechs Stunden täglich ausgebaut.
- Der 7½-Minuten-Takt zwischen **Bern und Bolligen** gilt abends 30 Minuten länger.
- Zwischen **Bern und Worb** wird der Viertelstunden-Takt bis 21 Uhr verlängert.
- Zwischen **Bern und Urtenen bzw. Jegenstorf** wird der Viertelstunden-Takt am Abend um eine Stunde bis 21 Uhr ausgedehnt.

- Die Busse der Linie 29 in **Köniz** fahren neu alle 30 Minuten (siehe Seite 33).
- Der Tangento (Linie 160) zwischen **Konolfingen und Münsingen** verkehrt zu den Spitzenzeiten alle 30 Minuten.
- Zwischen **Biel, Moutier und Delémont** besteht zusammen mit den ICN-Zügen des Fernverkehrs ein Halbstunden-Takt.
- Zwischen **Langenthal und Huttwil** gilt der Halbstunden-Takt den ganzen Tag.

Neue Verbindungen:

- **Wengen, Mürren und Meiringen** sind abends später erreichbar.
- Am Wochenende kann man bis Mitternacht von **Neuenstadt** in die Gemeinden auf dem **Tessenberg** fahren.
- Zwischen **Spiez, Emdtal und Aeschi** verkehrt fünf Mal täglich ein Bus.
- Kurse am Morgen und Abend verbinden **Erlach** via Gals und Gampelen mit **Ins**.
- Welche Kurse wegfallen:**
- Früh- und Spätverbindungen zwischen **Biel und Vingelz**.
- Am Wochenende Frühkurse zwischen **Wynigen und Herzogenbuchsee**.
- Das Angebot an Samstagen zwischen **Grünenmatt und Heimisbach**. (sn)